

Richard Meng

Die gesellschaftliche Spaltung geht in zwei Richtungen

Eine Antwort auf Thomas Meyer

Kapitalismuskritik, Klassenspaltung: Thomas Meyer setzt in seinem Essay (NG/FH 12/2007) über die künftigen Aufgaben einer sozialen Modernisierungspolitik ziemlich radikal auf Begriffe, die sehr rückwärtsgewandt klingen. Sein Text ist so nicht gemeint. Dann wäre es aber mit Blick auf die Kommunizierbarkeit einer neuen sozialdemokratischen Besinnung auf Gerechtigkeitsziele auch klüger, nicht schon von der Sprache her den Vorwurf in Kauf nehmen zu müssen, hier gehe es um eine Wende rückwärts.

Vorschlag eins: Es stimmt, dass die radikale Kritik an der globalisierten Weltökonomie dringend nötig geworden ist. Aber das kann heute längst keine Auseinandersetzung ausschließlich mit privatwirtschaftlichen, insofern: kapitalistischen Interessen mehr sein. Viele autoritär regierte Staaten beteiligen sich – sozusagen als reale Gesamtkapitalisten – inzwischen offensiv an den internationalen Finanztransaktionen. Bis nach Europa hinein – siehe Frankreich – ist die Verflechtung zwischen Großindustrie und Politik offenkundig. Die Marktlogik wird darüber vielfach zum einzigen gedanklichen Raum, innerhalb dessen ökonomische Debatten sich noch bewegen. Not tut das Durchbrechen dieser absoluten Dominanz der Marktlogik im Denken. Das geht nur, indem ihr etwas gegenübergestellt wird. Man kann es die Gerechtigkeitslogik nennen.

Marktlogik versus Gerechtigkeitslogik. Das sind Begriffe, die zeitgemäßer sind als der Versuch einer Kapitalismuskritik, die letztlich doch immer schnell bei der Frage endet, welche Alternativen zum vorherr-

schen Wirtschaftssystem sie eigentlich bieten will.

Vorschlag zwei: Der Klassenbegriff ist überholt, weil er von prinzipiell unüberwindbaren Klassenschranken ausgeht. Genau dies zu ändern war der historisch wichtigste Erfolg der Demokratie- und Freiheitsbewegung der vergangenen 150 Jahre. Und noch ist der Rückfall nicht total. Noch sind zwar neue, sich vertiefende Spaltungslinien in der Gesellschaft erkennbar, aber sie widersprechen den er-



Richard Meng

(*1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

senatssprecher@skzl.verwalt-berlin.de

reichen verfassungsrechtlichen und ethischen Normensystemen – und genau dies ist schließlich der politische Ansatzpunkt für eine moderne linke Politik. Zudem: Zu reden ist nicht von einer Zweispaltung zwischen wenigen Privilegierten ganz oben und vielen davon Abgehängten. Sondern es entwickeln sich Spaltungen in zwei verschiedene Richtungen: sowohl »oben« als auch »unten«. Die Einkommensober-schicht sucht nach neuer Abschottung, während am unteren Ende der Einkommensskala neue Hoffnungslosigkeit entsteht (»Prekariat«) und in der langsam abschmelzenden bürgerlichen Mitte das Vertrauen in die Politik ganz generell schwin-

det. Das ist eine kompliziertere Herausforderung, als sie mit dem Begriff »Klassenteilung« beschrieben werden kann. Es geht darum, den *Zusammenhalt der Gesellschaft* und mit ihm ihre innere Durchlässigkeit zu retten bzw. zu stärken.

In der innenpolitischen Diskussion wird oft übersehen, dass die deutsche Gesellschaft im Vergleich zu einigen Nachbarländern und erst recht im weltweiten Vergleich sogar noch relativ homogen ist. Es lohnt, dieses Thema zum zentralen Punkt der politischen Auseinandersetzung zu machen. Weil die gesellschaftliche Balance zerstört wird, die dieses Land immerhin erreicht zu haben schien.

Die »neuen« Gesellschaftsschichten

Immer deutlicher kristallisieren sich nun drei gesellschaftliche Gruppen heraus. *Ers*ten die neue Einkommensoberschicht, die über das Vererben von Großvermögen inzwischen auch das leistungslose Tradieren von herausgehobenen gesellschaftlichen Rollen wieder schafft. *Zweitens* die Mittelschicht derer, die auf Arbeitseinkommen angewiesen sind, diese aufgrund ihrer Qualifikation und Vorerfahrung aber auch zur Verfügung haben. *Drittens* eine neue, meist (aber nicht zwingend) eher schwach qualifizierte Unterschicht, für die schlecht bezahlte Jobs eher nur perspektivlose Gelegenheitsbeschäftigung bedeuten und für viele die Langzeitarbeitslosigkeit mit persönlicher Perspektivlosigkeit einher geht.

Das politische System einschließlich der Parteien wird nahezu ausnahmslos von der Mittelschicht getragen. Die Oberen haben nachhaltiges politisches Engagement nicht nötig, die Abgehängten – zu denen auch große Teile der Zuwanderermilieus gehören – sind dazu subjektiv und objektiv immer weniger in der Lage. Daraus ergibt sich längst ein sehr ernstes, grundlegendes Demokratieproblem. Und jegliche auf

Gerechtigkeit ausgerichtete linke Politik muss sich neben den politischen Inhalten auch diesem Demokratieproblem stellen.

Teilhabe möglich zu machen, sie sogar bewusst zu organisieren, ist wahrlich anstrengender, als mittels einmal errungener Parlamentsmandate diese oder jene staatliche Maßnahme zu beschließen – in der Hoffnung, dass dadurch Gutes bewirkt werde. Aber es ist notwendig, wenn Parlamentspolitik künftig nicht immer häufiger im gesellschaftlichen Vakuum verpuffen soll. Es muss die Veränderbarkeit der Verhältnisse neu erlebbar werden – jedenfalls für diejenigen, die in Gefahr sind, abgehängt zu werden. Auch dazu könnte eine linke Konfliktfähigkeit, die dringend nötig ist, gegenüber den Interessen der neuen Einkommensoberschicht (zum Beispiel auf Abschottung gegenüber Bildungsaufstieg) beitragen. Diese muss aber immer im Auge haben, dass traditionell nach oben strebende Teile der Mittelschicht sich dadurch nicht angegriffen fühlen dürfen. Und sie darf auch nie rein national argumentieren, weil dies in einer – zu teils problematischen Konditionen – zusammenwachsenden Welt von vornherein unglaublich wäre.

All das sind Gründe dafür, den Anspruch einer sozialen Modernisierung Deutschlands sehr umfassend zu formulieren. Nach der Großen Koalition steht das Land wieder vor grundlegenden Weichenstellungen, die auch wieder mit stärkerer politischer Polarisierung einhergehen werden. Diese wäre dann nicht schlecht und auch nicht unpopulär, falls sie entlang der wirklichen großen sozialen Problemstellungen stattfindet – und nicht nur entlang wahltaktisch geöffneter Symbolkonflikte. Es beginnt jetzt die Zeit, in der diese großen, langfristigen Themen zu definieren sind. Eine Phase, nach der gegenüber Konservativen und Liberalen von links her sehr deutlich gemacht werden muss, wohin das Land sich in dieser globalisierten Welt entwickeln sollte. Und wohin möglichst nicht.